

**3554/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 28.02.2002**

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Mag. Tancsits  
und Kollegen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend Protestmaßnahmen der Lehrer des Bundesgymnasiums Maroltingergasse.

Vorausschickend möchten wir festhalten, dass es uns nicht darum geht, zu kritisieren, dass Arbeitnehmer dienst- und besoldungsrechtliche Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber haben und Maßnahmen aus Protest setzen. Hier geht es darum, dass an einigen Schulen in Wien auf Schüler psychischer Druck ausgeübt wird, was pädagogisch gesehen schwerwiegende Folgen haben kann.

Die Lehrer des Bundesgymnasiums Maroltingergasse 69-71, 1160 Wien begründen auf Nachfrage mit den dienst- bzw. besoldungsrechtlichen Änderungen die Protestmaßnahmen an dieser Schule, da sie dadurch erreichen wollen, dass auch die Eltern Druck auf das Ministerium ausüben.

- Folgende Protestmaßnahmen zu Lasten der Schüler wurden gesetzt:

- Nichtabhaltung von

- Schikursen
- Sportwochen
- Projektwochen (= Schullandwochen)
- Wandertagen
- Lehrausgängen

- Verweigerung der Mitwirkung bei der Ausstellung der Fahrausweise.

- Nichtteilnahme (mancher Klassenvorstände) an Elterntreffen.

- Keine Teilnahme an Sportwettkämpfen.

- Keine Mitarbeit bei der Organisation des Schulballes.

- Keine Gespräche mit den Kindern während der Unterrichtspausen, weil "man jetzt weniger Zeit habe, da man eine Stunde pro Woche mehr unterrichten müsse". Früher hatte jeder Klassenvorstand eine um eine Stunde verminderte Unterrichtsverpflichtung, zur Erledigung der klassenvorstandsspezifischen Tätigkeiten.)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**Anfrage:**

1. Gab es Änderungen im Dienst- und Besoldungsrecht der Lehrerinnen und Lehrer, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Schulveranstaltungen standen?
2. Hatten Sie Kenntnis von der Vorgehensweise der Lehrer an dieser Schule?
3. Ist Ihnen bekannt, dass diese Schule die gestrichenen Aktivitäten nach wie vor auf ihrer Homepage bewirbt?
4. Entspricht es dem Stand der Pädagogik, auf Schüler psychischen Druck auszuüben und solche Maßnahmen zu setzen?
5. In wie weit sehen sie durch diese Vorgangsweise einiger Lehrerinnen und Lehrer in Wien anerkannte Programme, wie beispielsweise Drogenprävention durch sportliche Aktivitäten, gefährdet?
6. Welche Schritte sollten und könnten ihrer Meinung nach gesetzt werden, um den Schülerinnen und Schülern an eingangs genanntem Gymnasium wieder Aktivitäten, wie Projektwochen und ähnliches, zu ermöglichen?